



HESSISCHER LANDTAG

01. 06. 2016

SIA

Dringlicher Berichts Antrag der Fraktion der FDP

betreffend Schutz vor gewalttätigen Übergriffen in Flüchtlingsunterkünften

In aktuellen Presseberichten (bspw. FAZ vom 13. Mai 2016, "Opfern helfen, Täter konsequent bestrafen", oder HNA vom 12. Mai 2016, "Ausgegrenzt im Flüchtlingsheim") werden Konflikte, die innerhalb von Unterbringungseinrichtungen für Flüchtlinge vorkommen, in den Fokus genommen. Hierbei wird unter anderem auf die Gefahr ethnischer und religiöser Konflikte hingewiesen, die beispielsweise aus dem unterschiedlichen kulturellen Hintergrund der Flüchtlinge mit divergierenden Wertevorstellungen herrühren, die Fortsetzung von Auseinandersetzungen in den Herkunftsländern darstellen und/oder sich aus der Konfrontation mit einer Vielzahl an fremden Menschen in der Enge von Flüchtlingsunterkünften ergeben. Dem Land Hessen kommt beim Schutz von Frauen, Kindern sowie religiösen oder ethnischen Minderheiten, die vor Krieg und Verfolgung geflohen sind, vor Übergriffen in seinen Erstunterkünften ein besonderes Maß an Verantwortung zu.

Die Landesregierung wird ersucht, im nächsten Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss (SIA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Welche konkreten Maßnahmen ergreift die Landesregierung in den von ihr betriebenen Unterkünften, um
 - a) Frauen,
 - b) Kinder,
 - c) religiöse Minderheiten,
 - d) ethnische Gruppen/Minderheitenvor gewalttätigen, politisch, religiös oder sexuell motivierten Übergriffen zu schützen?
2. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung in den von ihr betriebenen Unterkünften, um von Gewaltdelikten betroffene Flüchtlinge über ihre Rechte, Ansprechpartner, Schutzmöglichkeiten und -institutionen (bspw. Frauenhäuser, soziale Dienste) zu informieren?
3. In wie vielen und welchen Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes gibt es Gewaltschutzkonzepte?
Wie sind diese Konzepte ausgestaltet?
4. Inwieweit werden die Sicherheitskräfte, die in hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen zum Einsatz kommen, dergestalt geschult, dass sie religiöse, kulturelle oder ethnische Konflikte frühzeitig erkennen und diesen entgegenwirken können?
5. Sind auch Vereine, private Initiativen, Hilfsorganisationen, Kirchen, Moscheegemeinden oder sonstige Organisationen in die Arbeit zum Schutz vor gewalttätigen Übergriffen in den vom Land betriebenen Unterkünften involviert?
Wenn ja, inwiefern?
Bitte soweit möglich Aufstellung der Organisationen.
6. Sind der Landesregierung in den Jahren 2015 und 2016 Fälle von politisch, ethnisch oder religiös motivierten Übergriffen in Erstaufnahmeeinrichtungen bekannt?
Falls ja, bitte kurze Darstellung der Sachverhalte.
7. Gab es in den Jahren 2015 und 2016 in hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen Fälle, in denen Flüchtlinge zum Schutz vor ethnischen oder religiösen Minderheiten vorläufig oder dauerhaft getrennt werden mussten?
Falls ja, bitte kurze Darstellung der Sachverhalte.

Wiesbaden, 1. Juni 2016

Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch